

M i l l a b a d e r Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Er erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1,75 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: Enzthalpostamt, Enzthal, Wildbad. — Druckerei: Enzthalpostamt, Enzthal, Wildbad. — Postfach 221 74.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 88. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 68.



Nummer 64 Fernruf 479 Dienstag, den 18. März 1930 Fernruf 479 65. Jahrgang.

Der amerikanische Farm Board

Allgemeiner Preisverfall in den Ver. Staaten

Die Warenpreise in den Vereinigten Staaten, besonders Häute und Leder, Webwaren, Metalle, Öle, Baustoffe, Chemikalien, Drogen usw. haben derzeit einen Tiefstand erreicht, wie er seit Februar 1922 nicht mehr erlebt worden ist. Selbst im Februar 1929 war der Preisdurchschnitt noch um 11 v. H. höher als heute. Nur Lebensmittel und Vieh gingen etwas aufwärts. Eisen und Stahl haben sich seit Januar um 31 v. H. erholt, nachdem im Dezember vorigen Jahres ein noch nie dagewesener Tiefstand geherrscht hatte; die Fabriken waren im Januar zu 79,5 v. H. beschäftigt gegen 59 v. H. im Dezember. Der Baumarkt liegt schwer darnieder.

Am unerfreulichsten sieht es auf dem Getreide- und Baumwollmarkt aus; beide sind in Amerika gewissermaßen Zwillingbrüder: wenn der eine leidet, leidet der andere auch. Termin-Weizen stand an der New Yorker Börse Anfang Januar auf 1,35 Dollar für das Büffel (19,80 Mark für den Doppelzentner) am 25. Februar auf 98,75 Cents (14,75 Mark der Dtr.). Mit Baumwolle ist es ähnlich. Nun wurde am 15. Juli v. Js. der Farm Board gegründet und es wurden ihm von der Regierung 500 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, wovon er für das Marktjahr 1929/30 bis zu 150 Millionen Dollar entnehmen kann, um an die Farmer Vorschüsse zu gewähren und selbst Aufkäufe zu machen. Präsident Hoover erklärte damals, der Board sei mit einer Verantwortlichkeit, mit Befugnissen und mit Mitteln ausgerüstet, wie sie von der Regierung noch niemals für wirtschaftliche Hilfsleistungen gewährt worden seien.

Alle Maßnahmen des Boards haben aber das Hinableiten der Getreide- und Baumwollpreise nicht aufhalten können. Auch die gegenwärtigen Schleuderpreise haben nicht zu der erhofften Ausfuhrsteigerung geführt. Die Welt braucht augenblicklich den amerikanischen Weizen nicht, da in den meisten Ländern befriedigende bis gute Ernten zu verzeichnen waren. Der amerikanische Weizenüberschuss ist so groß, daß jede Woche 7 bis 8 Millionen Büffel abgesetzt werden müßten, wenn man bis zur neuen Ernte geräumt haben will. Und dabei betrug die Ausfuhr in der vorigen Woche 1 422 000 Büffel. Die sichtbaren Vorräte betragen augenblicklich über 165 Millionen Büffel. Das ist 35 Millionen Büffel mehr als in der gleichen Woche des Vorjahres. Dabei hat der kanadische Weizenpool (eine ähnliche Einrichtung wie der Board) etwa 100 Millionen Büffel (28,12 Millionen Dtr.) unverkauften Weizens an der Hand, auf den eine Gruppe von fünf Banken 50 Millionen Dollar vorgeschossen hat. Und diese Menge drückt ebenfalls auf den amerikanischen Markt, ganz abgesehen davon, daß sie Kanada einer Weizenkrise zutreibt und zu gespannten Beziehungen mit dem Mutterland England führt, das lieber europäischen als kanadischen Weizen verbraucht.

Der Farm Board kauft aber immer noch Weizen zu 1,18 Dollar (16,53 M der Dtr.) jedoch nur von Farm-Genossenschaften und Genossenschaftsmitgliedern; er hat nun in überfüllten Speichern gegen 10 Millionen Büffel (2,81 Mill. Doppelzentner) an der Hand. Gegen den Board wurden nun aber von den Senatoren der gefährdeten Weizen- und Baumwollstaaten scharfe Angriffe gerichtet; sie werden beschuldigt, den Börsenspekulanten, die auch im Board vertreten sind und die den Board in Verruf bringen, Handreichung zu leisten, und man fordert die Schließung der Weizen- und Baumwollbörsen.

Im Board scheint man denn nun auch eingesehen zu haben, daß eine gesteigerte Ausfuhr sich nicht erzwingen, sondern nur bis zu einem gewissen Höchstpunkt fördern läßt. Wenn der Board die Erlöse haben will, die er mit seinen Nachmitteln bei richtiger Erkenntnis der Wirtschaftsgesetze erreichen kann, so muß er in erster Linie der Spekulation in landwirtschaftlichen Erzeugnissen entgegenarbeiten, die genossenschaftliche Organisation der amerikanischen Landwirtschaft fördern und dem zweifellos bestehenden Ueberanbau von Getreide und Baumwolle steuern.

Primo de Rivera †

Paris, 17. März. Der frühere spanische Diktator General Primo de Rivera, Marques de Estella, Herzog von Udril, ist gestern an einem Schlaganfall gestorben.

Primo de Rivera war 1871 geboren als Sohn des Marqualls gleichen Namens, der 1876 durch die Einnahme von Estella den zweiten Karlistenaufstand niederschlug, dafür den Titel eines Marques de Estella erhielt und noch einmal in hohem Alter Kriegsminister in jenem Kabinett Maura war, das 1908 die Unruhen in Barcelona unterdrückte. Der Sohn war 1917 bis 1921 Senator und war damals dafür, daß Spanien seinen marokkanischen Besitz, der Milliarden von Peseten und Ströme Bluts gekostet hatte, aufgeben sollte. Gleichzeitig war er einer der Führer der Offiziers-Aunta,

jenes eigentümlichen berufsständischen und doch politischen Verbands der Offiziere des spanischen Heers. Das parlamentarische Leben in Spanien war durch Korruption, von deren Umfang sich nur diejenigen eine Vorstellung machen können, die Spanien nicht bloß aus Zeitungsnachrichten kennen, zertrübt, aber niemand hatte bisher den Mut gefunden, dem Treiben ein Ende zu machen. Primo de Rivera wagte den Schritt. Als Generalkapitän (Gouverneur) von Barcelona trat er 1923 an die Spitze des Militärpuzes und verjagte das Parlament. Ganz Spanien atmete auf, als es von der Parlamentswirtschaft befreit wurde. Aber nun sollten von der Diktatur Reformen vorgenommen werden, die das Land moralisch, wirtschaftlich und politisch wieder gesunden lassen sollten. Und hier erwies es sich wieder, daß umstürzen leichter ist als aufbauen. Im Aufbau haben die Kräfte Primo de Riveras verlagert, und das Land ist heute innerpolitisch in einer wenig beneidenswerten Lage. General Berenguer, der nach dem Sturz des Diktators am 30. Januar 1930 die Regierung mit dem Auftrag übernahm, die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, scheint nicht der geeignete Mann hierzu zu sein. Die inneren Wirren sind nicht verschwunden und es wurde schon von der Wiedererrichtung der Diktatur und dem gegenwärtigen Minister Anida, der auch im ersten Direktorium gewesen hatte, zum Schutz der Monarchie gegen die republikanische Bewegung in Spanien gesprochen.

Als Soldat hat Primo de Rivera sich besser bewährt, als es galt, die Lage in Marokko zu reiten. Der Freiheitskampf des Kabylenfürsten Abd el Krim hatte Franzosen wie Spanien in eine jährliche Lage gebracht. Besonders die Spanier hatten unter Berenguer vernichtende Niederlagen erlitten. Primo de Rivera eilte 1925 selbst auf den Kampfplatz und stellte die militärische Ehre Spaniens wieder her; die Unterwerfung Abd el Krim wurde aber, ähnlich wie 1918 der Waffenstillstand Deutschlands, nur durch Lug und Trug erreicht, indem man dem gefürchteten Kabylenfürsten Versprechungen machte, die nicht eingehalten wurden. Den Leichtsin, aus der modernen europäischen Methode der Kriegführung nichts gelernt zu haben, büßte Abd el Krim mit der Verbannung nach Madagaskar.

Primo de Riveras Leiche wurde einbalsamiert und wird nach Madrid übergeführt, wo der General mit allen militärischen Ehren bestattet werden wird. Das argentinische Blatt „La Nacion“ in Buenos-Aires wird die „Erinnerungen“ des Diktators veröffentlichen.

Neue Nachrichten

Empfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 17. März. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Reichskanzler, den Reichsjustizminister in Begleitung der Staatssekretäre Zweigert und Joel, sowie des Ministerialdirektors Dr. Gans zum Vortrag über die Verfassungsmäßigkeit des polnischen Liquidationsabkommens. Eine Entscheidung über die Verklündung des Besekes hat der Reichspräsident noch nicht getroffen.

Drei Sachverständige von größtem Ansehen, der frühere Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, der Berliner Universitätsprofessor Dr. Triepel und der Berliner Universitätsprofessor Dr. Erich Kaufmann haben sich gutachtlich dahin ausgesprochen, daß das Abkommen mit Polen verfassungsgemäß sei. Danach bedürfe es im Reichstag einer Zweidrittelmehrheit, während es im Reichstag nur mit einer Mehrheit von 19 Stimmen angenommen worden ist. Die Abstimmung wäre also ungültig.

Protestierende Jugendverbände

Berlin, 17. März. Am Sonntag mittag fand in Berlin eine Kundgebung der Vertreter von etwa 60 deutschen Jugendverbänden gegen die Reichsverträge statt. Der Vorsitzende verlas eine kurze Inhaltsangabe der Verträge von Versailles, Locarno, des Neuen Plans und des polnischen Liquidationsabkommens und zerriß dann unter dem stürmischen Beifall der Versammlung die Druckstücke. Es wurde erklärt, von jetzt ab sei die Fahne der nationalen Jugend die schwarze Fahne. Die Versammlung gelobte auf diese Fahne, daß sie sich an die Verträge nicht gebunden fühle und alle Zeit gegen sie im Aufruhr stehe.

Am Tag vorher hatten die Verbände den fremden Botschaftern und Gesandten, den ausländischen Pressevertretern, dem Reichspräsidenten, den Mitgliedern der Reichsregierung und den Reichstagsabgeordneten eine Erklärung zugesandt: Die Annahme des Neuen Plans durch die gegenwärtige Reichstagsmehrheit bedeute das Joch unförsbarer Tributpflichtigkeit und Unfreiheit. Als die Verkörperung der deutschen Zukunft erklärt die deutsche Jugend, daß sie sich durch die Zustimmung des Parlaments und der demokratischen Massenmehrheit nicht gebunden fühle. Die deutsche Jugend warne das neutrale Ausland davor, deutsche Tributschuldmittel zu erwerben, denn über kurz oder lang werde für diese ein Zahlungswille nicht mehr vorhanden sein.

Am 18. Februar hatte der Kyffhäuserverband der Vereine deutscher Studenten namens der tausende Toten von Langemack den Reichspräsidenten ersucht, den Neuen Plan und den Polenvertrag nicht zu unterzeichnen. Reichspräsident v. Hindenburg verwies darauf in seiner Antwort auf seine öffentliche Erklärung, in der er die Gründe für seine Unterzeichnung angegeben habe. Gerade die Erinnerung an jene opfermutigen jungen Freiwilligen lege der neuen Generation die Pflicht auf, auch selbst Opfer zu bringen, daß deutsches Gebiet frei werde und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkomme.

Landwirtschaftliche Beratungen der Regierungsparteien

Berlin, 17. März. In den Verhandlungen der landwirtschaftlichen Sachverständigen der Regierungsparteien ergab sich, daß keine Aussicht auf die Zustimmung der Parteien zu einem allgemeinen Ermächtigungsgesetz für den Ernährungsminister besteht, auf Grund dessen er die Zollfragen auf dem Verordnungsweg hätte erledigen können. Dagegen wird eine Ermächtigung des Ministers für einzelne Sonderfälle erwogen, und zwar für Zollfestsetzungen für Weizen, Roggen, Hafer und Gerste entsprechend dem viermonatigen Durchschnittspreis je nach der Marktlage. Dies entspricht dem bisherigen Zustand. Neu ist, daß die Zollsätze für die angegebenen Getreidearten nach oben hin nicht mehr gebremst werden sollen. Die Verwaltungszahlen bleiben bei Roggen und Weizen unverändert. Bei Hafer und Gerste wird es wie bisher keine Verhältniszahl geben. Gegen den Weizen soll die Sozialdemokratie Widerstand erhoben. Er wird voraussichtlich mit einer andern Mehrheit geregelt werden. Schwierigkeiten bestehen noch hinsichtlich der Regelung für Mais. Die Sozialdemokraten und das Zentrum befürworten das Maismonopol. Die andern Parteien treten dagegen für das Handelsyndikat ein, das eine durchgreifende Abschmürung des Mais vom Futtermittelmarkt nicht durchführen kann. Die Vertreter der Grünen Front befürworten daher die Kündigung des Handelsvertrags mit Südslawien.

Einigkeit besteht weiterhin über die Regelung für Roggenkleie, Zucker, Frühkartoffeln und über die Erhöhung der Handelspanne für Malz von 6 auf 8 Mark, die in ihrer Wirkung einer Zollerhöhung von 12,50 M. auf 14,50 M. gleichkommt. Die Verhandlungen werden Montag abend fortgesetzt.

Totengedenkfeier

Berlin, 17. März. Der Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge veranstaltete am Sonntag in Berlin und in verschiedenen anderen norddeutschen Städten Gedenkfeiern für die Toten des Weltkriegs. Der Feier im Reichstag wohnte auch Reichspräsident v. Hindenburg an. In der Gedekrede wies Reichstagsabgeordneter Dr. Kahl darauf hin, daß von zwei Millionen deutscher Gefallenen nur 200 000 in deutscher Erde ruhen, während die übrigen in 38 fremden Ländern und auf dem Meeresgrund zerstreut sind.

Schwere Zusammenstöße in Sachsen

Chemnitz, 17. März. Im Anschluß an Kundgebungen von Anhängern der Sozialdemokraten sowie der Rechtsparteien und der Kommunisten kam es am Sonntag in Chemnitz zu ersten Zusammenstößen. Nach Schluß ihrer Kundgebung hatten die Kommunisten in großer Anzahl in der Hauptstraße sich angehäuft, wo sie den von den nationalen Verbänden veranstalteten Demonstrationen trotz starken Polizeiaufgebots anzugreifen versuchten. Die Polizeibeamten gerieten in eine schwierige Lage, da die Kommunisten mit Steinwürfen gegen die Beamten vorgingen. Sieben Polizeibeamte erlitten Verletzungen. Nachdem der Zug der nationalen Verbände sich aufgelöst hatte, überfielen etwa 100 Angehörige der KPD in der Frig-Reuter-Straße Mitglieder der Nationalsozialisten und des Stahlhelms, die sich auf den Nachhauseweg begeben hatten. Acht Nationalsozialisten wurden dabei durch Messerstiche zum Teil schwer verletzt. Sechs Personen mußten sofort ins Krankenhaus geschafft werden, wo einer von ihnen bereits seinen Wunden erlegen ist. Insgesamt wurden zehn Personen festgenommen.

Auch in Glaucha kam es während einer sozialdemokratischen Parteiverammlung zu ersten Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die an der Versammlung teilnahmen. Im Verlauf der Schlägerei wurden drei Versammlungsteilnehmer erheblich verletzt; zwei mußten in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus geschafft werden.

Wieder Bombenanschläge?

Hamburg, 17. März. MIB meldet, in der Nacht zum Samstag seien in Oldesloe bei Hamburg und in Neumünster Hellenmaschinen mit Uhrwerk, die im Rathaus niedergelegt waren, gefunden worden. In Oldesloe habe der Zeiger aber den für die Explosion berechneten Zeitpunkt überprungen, so daß keine Explosion erfolgte. Die Kriminalpolizei in Altona teilt mit, die Anschläge seien von denselben Personen in der gleichen Nacht verübt

